

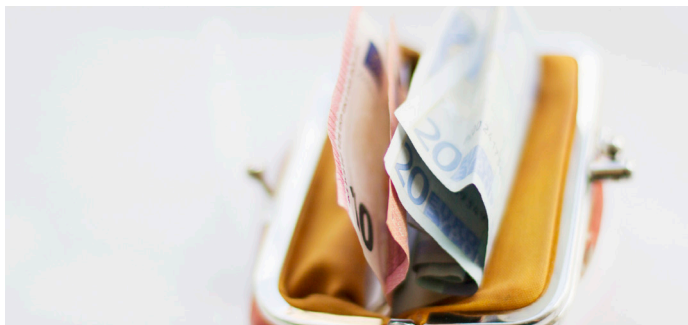
Aus dem Grazer Gemeinderat

Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!
Die Grazer Gemeinderatssitzung vom 09. Juli 2020 zum Nachlesen.



Schuldenfalle durch Corona lässt ÖVP und FPÖ kalt: Überziehungszinsen viel zu hoch!

Rekordzahlen an Arbeitslosen, viele Menschen in Kurzarbeit. Sie alle bekommen weniger Geld. Da bei vielen die Löhne schon vor der Corona-Krise kaum zum Überleben reichten, liegen Zahlungsprobleme jeglicher Art auf der Hand. „Besonders gefährlich kann die Situation für jene werden, die ihr Girokonto überziehen, denn sie müssen mit Überziehungszinsen von bis zu 13 Prozent rechnen“ analysiert Gemeinderätin **Sahar Mohsenzada**. Beispielsweise zahlt man bei der Raiffeisen Bank einen Überziehungszinssatz von 12,85%, 12,75% bei der Ersten Bank, das bedeutet bei einer Kontoüberziehung von nur 1.000 Euro, dass die Schulden binnen eines Jahres bereits auf 1.128,50 Euro bzw. 1.127,50 Euro anwachsen – eine klassische Schuldenfalle für viele Betroffene. Dabei



Überziehungszinsen belasten Leute zusätzlich schwer.

liegt der Leitzinssatz derzeit bei 0%. Das bedeutet, dass Banken selbst gar nichts bezahlen müssen, wenn sie sich Geld bei der Europäischen Zentralbank ausleihen, während sie sich bei ihren Kunden derart bereichern.

Mohsenzada beantragte deshalb, dass der Grazer Gemeinderat sich an den Bund mit der Bitte wenden sollte, eine für Banken verpflichtende gesetzliche Obergrenze bei den Überziehungszinsen sowie eine Zinsstundung bis

zum Jahresende zu beschließen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Hilferuf aus Moria



Im Lager Moria (Insel Lesbos) sind mittlerweile 24.000 Menschen auf dem Areal einer Kaserne eingepfercht, die für 3700 Soldaten gebaut wurde. Ihre Nahrung ist unzureichend und oft ungenießbar, es türmt sich Abfall, tausende Flüchtlinge müssen sich einen Wasserhahn teilen“ beschreibt Gemeinderätin **Elke Heinrichs** die furchtbaren Zustände. Unter ihnen befinden sich auch viele unbegleitete Kinder und Jugendliche. Heinrichs forderte Bürgermeister Mag. Nagl auf, sich bei der Bundesregierung für die rasche Aufnahme von Minderjährigen aus den Flüchtlingslagern einzusetzen.

Puchsteg: 5 teure Meter



Ein Jahr haben die GrazerInnen darauf gewartet, den neuen Puchsteg benutzen zu dürfen, denn bislang gab es keine Einigung mit dem Grundstückseigentümer. Nach langen Verhandlungen wurde nun endlich eine Lösung mit dem Privateigentümer erzielt. „Wäre der

Steg um lediglich fünf Meter (!) weiter südlich errichtet worden, würde er auf einem Grundstück enden, welches der Stadt Graz selbst gehört und die Stadt Graz hätte sich dieses ganze Tohuwabohu und die Zugeständnisse ersparen können“ analysiert Gemeinderat **Horst Alic**.

Zum Kopfschütteln



Viele Grazerinnen und Grazer sind gerade jetzt verzweifelt auf der Suche nach einem Arbeitsplatz oder in Kurzarbeit. Sie müssen jeden Euro zweimal umdrehen.

Zugleich lesen sie in der Zeitung, wie die Grazer ÖVP/FPÖ-Koalition ihre eigenen Funktionäre mit gut dotierten Posten versorgt. Bei der Grazer Messe wurde zuletzt neben dem bisherigen Chef Armin Egger eine zweite Geschäftsführerin installiert, die bisherige Holding Graz-Vorständin Barbara Muhr. Ausschreibung hat es keine gegeben. 400.000 Euro pro Jahr lässt sich die Stadt Graz die neue Doppelspitze kosten. Auf den Holding-Chefsessel von Muhr soll, Gerüchten zufolge, ein enger Vertrauter des Bürgermeisters nachrücken.

Bei den Freizeitbetrieben der Holding wurde erst vor einem Monat der bisherige Büroleiter von FP-Vizebürgermeister Eustacchio, Heinz Pleschiutschnig, als zusätzlicher zweiter Geschäftsführer eingesetzt. Auch bei der ITG gibt es seit kurzem zwei Geschäftsführer. Sie alle beziehen Gagen jenseits der 100.000 Euro jährlich nebst Prämie.

Die ÖVP/FPÖ-Koalition verdoppelt ihre Häuptlinge und versorgt ihre Parteigänger mit gut dotierten Posten. Es entsteht der Eindruck, dass Geld keine Rolle spielt. Zugleich wird erklärt, dass es sich die Stadt nicht leisten kann, den Beschäftigten bei den städtischen Gesundheitsbetrieben eine einmalige Corona-Prämie von 500 Euro auszuzahlen.

Angesichts dieser Politik kann man nur mehr ungläubig den Kopf schütteln.

Ihre Stadträtin
Elke Kahr

Rathaus, 2. Stk, Tür 236
Tel.: 0316 / 872 20 60

KPÖ IM GRAZER GEMEINDERAT

SPORTZENTRUM IM GRAZER SÜDWESTEN

Gemeinderat **Kurt Luttenberger** wünscht sich die Wiederbelebung des ehemaligen „Tennisstüberl“ (Grillweg/Harter Str.): „Das seit Jahren brachliegende Gelände wäre ein perfekter Ort für ein Sport- und Freizeitzentrum, das speziell den Bedürfnissen der Grazer SeniorInnen gerecht wird.“ Er fragte bei Stadtrat Hohensinner um Unterstützung für dieses Projekt an.



VERFEHLTE WIRTSCHAFTSHILFE

Die Innenstadt beleben, kleine Unternehmen durch günstige Mieten fördern und vor der Insolvenz bewahren, nannte Bürgermeister **Nagl** seine Ziele. Doch nun darf ausgerechnet im Erdgeschoß des Rathauses der Unternehmer **Dietrich Mateschitz** seinen ohnehin bereits dort angesiedelten Red-Bull-Shop erweitern und um einen Gastrobotrieb ergänzen. „Mateschitz gilt dank seiner Anteile an der Red Bull GmbH als reichste Einzelperson in Österreich“ weiß Gemeinderätin **Christine Braunersreuther**. „Diese Vermietung widerspricht den von Bürgermeister Nagl selbst definierten Zielen.“ Nagl begründete die bevorzugte Behandlung des reichsten Österreichers damit, dass der Red-Bull-Shop mit seinem Angebot einen wichtigen Beitrag zum Branchenmix in der Innenstadt leiste.



ALFRED-KOLLERITSCH-GASSE

Ottokar Kernstock schrieb unter anderem das Hakenkreuzlied für die NSDAP. „Diesen Text kann man nicht zitieren, ohne in den Verdacht der Wiederbetätigung zu geraten“ sagt Gemeinderat **Hans Peter Meister** schockiert. Auch in Kernstocks Geburtsstadt Maribor sieht man das scheinbar ähnlich, da ihm die dortige Ehrenbürgerschaft letztes Monat entzogen wurde. Meister stellte den Antrag, die Kernstockgasse nach dem kürzlich verstorbenen Schriftsteller und Mitbegründer des Forum Stadtpark, **Alfred Kolleritsch**, zu benennen. Auch der Grazer Schlossberg soll entnazifiziert werden. Gemeinderätin **Christine Braunersreuther** stellte entsprechende Anträge.



Nicht alleine lassen!

Die MitarbeiterInnen des Gesundheitsamts haben in den vergangenen Wochen und Monaten Großartiges geleistet und mit der Unterstützung von KollegInnen aus vielen anderen Abteilungen an Wochenenden durchgearbeitet – und sind an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gegangen. So ist es gelungen, die Corona-Cluster in Graz schnellstmöglich einzudämmen. Doch das Gesundheitsamt hat auch vielfältige andere Auf-



Ihr Stadtrat
Robert Krotzer
Rathaus, 2. St, Tür 231
Tel.: 0316 / 872 20 70

SCHNELLER ZUR GEMEINDEWOHNUNG

In Graz kann nur jemand lange in Graz haben, nur eine Gemeindegewohnung anmieten, der weil sie vorübergehend anderswo gemeldet waren“, berichtet Gemeinderat **Manfred Eber**. Da der Europäische Gerichtshof eine vergleichbare Regelung in Deutschland außer Kraft gesetzt hat, fordert er auch in Graz ein Umdenken. Doch ÖVP und FPÖ stimmten trotz dem EUGH-Urteil dagegen.



MEHR GELD FÜR GEWALTSCHUTZ

Alle 2 Wochen wird in Österreich eine Frau ermordet – 14 waren es allein heuer schon. Der Lockdown hat Gewalt gegen Frauen und Kinder noch verschärft. Beispielsweise verzeichnete die Frauenhelpline einen 40%igen Anstieg während dieser Zeit. Doch genau diese wichtige Institution musste ab Juni aufgrund fehlender Mittel ihren Betrieb einschränken. „Die Frauenhelpline ist nur ein Beispiel für die chronische Unterfinanzierung von Gewaltschutzmaßnahmen in Österreich“ berichtet **Sahar Mohsenzada**. Sie beantragte deshalb, eine Petition an den Bundesgesetzgeber zur raschen Aufstockung des Gewaltschutz-Budgets.



CORONA-PRÄMIE ABGESAGT

Anfang April wurden 500 Euro Prämie für die „HeldInnen des Alltags“, die den Gesundheits- und Pflegebereich auch während des Corona-Lockdowns am Laufen gehalten haben, beschlossen. „Ausgerechnet die MitarbeiterInnen der KAGES und GGZ gelten formell nicht als Teil der Sozialwirtschaft, wodurch sie von dieser Prämie ausgenommen sind“ weiß Gemeinderätin **Elke Heinrichs**. Sie fragte deshalb Bürgermeister-Stellvertreter **Eustacchio**, ob eine analoge Abgeltung für die betroffenen MitarbeiterInnen vorgesehen ist. Dieser lehnte ab. Er sagte, die MitarbeiterInnen im sog. „Haus Graz“ hätten selbst in Corona-Krisenzeiten einen sicheren Arbeitsplatz gehabt und wären damit ohnehin schon privilegiert. Ein Schlag ins Gesicht für all jene, die in den letzten Wochen und Monaten mit großem persönlichen Einsatz und unter hohem gesundheitlichen Risiko unser Gesundheitssystem aufrecht erhalten haben.



►► Mehr Information unter 0316 / 872 2153 und kpoe-graz.at sowie **KPGraz**